

## Die späten Kosten der Realisierung schöner Utopien\*

---

Prof. Dr. Hans-Ulrich Wehler, geb. 1931 in Freudenberg, Studium der Geschichtswissenschaft und Soziologie in Köln, Bonn und Athens/Ohio (USA), lehrt Allgemeine Geschichte unter besonderer Berücksichtigung des 19. und 20. Jahrhunderts an der Universität Bielefeld.

Die Kritik am utopischen Denken ist zur Zeit en vogue.<sup>1</sup> Das ist leicht erklärbar. Bei dem Versuch, die nationalsozialistische Utopie eines rasse-reinen arisch-germanischen Großreiches und die kommunistische Utopie des irdischen Paradieses einer kommunistischen Gesellschaft zu verwirklichen, sind barbarische Kosten entstanden und haben in Krieg und Frieden Aber-millionen von Menschen das Leben gekostet - das hat Entsetzen ausgelöst, das sich zuerst nach 1945 und dann vollends seit 1989 in radikale Kritik umgesetzt hat.

Diese Kritik richtet sich, erstens, gegen totalitäre Utopien eines im Grenz-fall oder sogar im Normalfall gewaltsam durchgeführten gesamtgesellschaftli-chen Wandels, wie ihn der Staatskommunismus und der Nationalsozialismus praktiziert haben. Sie ist nur zu verständlich, da ohne die utopischen Zielvor-stellungen vom „neuen Menschen“, ob er nun Arier oder Kommunist sein sollte, und von der neuen Gesellschafts- und Staatsordnung, ob sie nun natio-

---

\* Überarbeitete Fassung eines Vortrags auf der Tagung „Die Wahrheit des Nirgendwo. Zur Geschichte und Zukunft des utopischen Denkens“ der Evangelischen Akademie Loccum, April 1993.

<sup>1</sup> Typisch für die gegenwärtige Kritik: J. Fest, *Der zerstörte Traum. Vom Ende des utop. Zeitalters*, Berlin 1991.

Vgl. zu der weitläufigen Problematik an dieser Stelle nur: L. Hölscher, *Utopie*, in: *Geschichte!. Grundbegriffe* 6/1990, 733-88; als Zwischenbilanz der Forschung: W. Voßkamp Hg., *Utopieforschung*, 3 Bde, Frankfurt 1985<sup>2</sup> (darin v. a. L. Hölscher, *Der Begriff der Utopie als histor. Kategorie*, 1,402-18; J. Rüsen, *Utopie u. Geschichte*, I, 3S6-74; F. Seibt, *Utopie als Funktion des abendländ. Denkens*, I, 254-79; ders., *Aspekte u. Probleme der neueren Utopiediskussion in der Geschichtswissenschaft*, I, 97-119; R. Kilminster, *Zur Utopiediskussion aus soziolog. Sicht*, 1,64-96; R. Koselleck, *Die Verzeitlichung der Utopie*, m, 1-14); T. Nipperdey, *Die Funktion der Utopie im polit. Denken der Neuzeit* (1962), in: ders., *Gesellschaft, Kultur, Theorie*, Göttingen 1976, 74-88; A. Neusüss Hg., *Utopie*, Neuwied 1986<sup>3</sup>.

nalsozialistisch oder kommunistisch sein sollte, die barbarischen Mittel für die Erreichung des Zwecks weder geheiligt noch denkmöglich gewesen wären. Insofern liegt die Kritik, die Joachim Fest und andere auf dieser Linie geübt haben, nahe und ist, soweit ich zu sehen vermag, zum guten Teil berechtigt.

Diese Kritik geht aber, zweitens, über den ursprünglichen Anlaß hinaus. Sie tendiert dazu, dem politischen, dem gesellschaftspolitischen Denken, ja, in gewisser Hinsicht der politischen Theorie überhaupt jeden utopischen Entwurf zu versagen, da er nach dem Motto: der hehre Zweck heilige letztlich alle Mittel, tendenziell immer der totalitären, menschenfeindlichen Entartung fähig sei. Die Gegenutopie dieser Kritik, die sich natürlich selber für ganz und gar nicht utopisch fundiert hält, ist der pragmatische Realismus, der sich auf Poppers „piece-meal engineering“ beschränkt und jede Zielvorstellung, die über einen pragmatischen Konfliktausgleich und über solche „Stückwerksreformen“ hinausgeht, wegen des involvierten Gefahrenpotentials ablehnt. Es handelt sich schon deshalb um eine Gegenutopie, weil einzelne und auch die Gesellschaft nicht ausschließlich derart pragmatisch handeln und die Geschichte überhaupt nicht nur dem Realismus gehorcht.

Diese Kritik, die hier nur angedeutet wird, hat mehrere Schwachstellen. Erstens beißt sie sich zu sehr, wenn nicht gar ausschließlich, an der totalitären Entartung der sogenannten linken Politik fest - das ist die klare tagespolitische Maxime - an zweiter Stelle an der nationalsozialistischen Politik. Das ist leicht getan, intellektuell auch nicht so aufregend, und es ist auch unschwer einzusehen, daß diese Kritik kommen mußte und verfochten werden soll. Von ihrer Tendenz her stellt sie jedoch schlechthin jedes utopische Denken unter einen Barbarisierungsverdacht.

Zweitens verengt sie wegen der erhofften aktuell-politischen Wirkung so sehr ihr Argumentationsfeld, daß sie gar nicht mehr danach fragt, ob überwiegend oder vielleicht doch für lange Zeit positiv beurteilte Entwicklungen, deren soziale Kosten weniger leicht sichtbar waren, vielleicht auch erst relativ spät auftraten, nicht auch aus einem ursprünglich utopischen Entwurf hervorgegangen sind. Ich möchte das gleich an drei Beispielen erörtern: am Beispiel (1) der modernen Marktwirtschaft und Marktgesellschaft, (2) des Nationalismus und Nationalstaats und (3) des Sozialstaates.

Drittens stellt sich diese Kritik auch nicht relativ vorurteilsarm der Frage, ob es nicht zu den anthropologischen Konstanten der menschlichen Existenz gehört, über die pragmatische Daseinsbewältigung durch den Entwurf einer besseren Zukunft stets hinauszustreben — durch einen Entwurf mithin, der es oft erst ermöglicht, den Alltagsproblemen standzuhalten und ihre pragmatische Lösung zu versuchen. Gerade der praktizierte Pragmatismus lebt ja oft selbst durchaus aus utopischen Zielen und Impulsen.

Das Dilemma dieser Kritik, die zur Zeit öffentlichkeitswirksam vorgetragen wird, soll an den drei genannten Beispielen verdeutlicht werden.

## Marktwirtschaft und Marktgesellschaft

Das erste Beispiel ist der Aufstieg und die Durchsetzung der Marktwirtschaft und der mit ihr zusammenhängenden Marktgesellschaft. Jahrtausendlang ist die wirtschaftliche Aktivität der Menschen in den uns bekannten Hoch-, aber auch Stammeskulturen in das soziokulturelle System eingebettet gewesen, sie besaß eine untergeordnete, eine dienende Funktion, um die materielle Existenz zu ermöglichen und abzusichern. In diesem Rahmen, den die moderne Kulturanthropologie und Wirtschaftsgeschichte vielfach beschrieben hat, sind Märkte für den Warenaustausch sehr alt; daran ist nichts Neues. Es gab auch vielerorts schon Märkte für den Bodenbesitz und für Geld. Diese drei klassischen Märkte sprengten noch nicht das soziokulturelle System, sie gewannen ihm gegenüber noch keine Dominanz. Der Entwurf, den die schottischen Sozialphilosophen um Adam Smith, die klassische englische Politische Ökonomie und die französischen Physiokraten entwickelten, lief darauf hinaus, daß „die“ Wirtschaft primär ihren eigenen Regeln und vermeintlichen Gesetzen gehorchen sollte, um eine optimale Ressourcenallokation und allgemeine Wohlstandssteigerung zu gewährleisten. Das war eine durch und durch radikale Utopie zu dem Zeitpunkt, als sie entwickelt wurde. Sie erwartete, daß Staat und Gesellschaft fortan für die ingeniöse Institution des Marktes und der darum herumgebauten Marktwirtschaft eine dienende Funktion übernehmen, um einen möglichst reibungslosen „modus operandi“ des Systems zu garantieren.

Diese Marktwirtschaft wurde von vornherein — das ist eine zählleibige Legende - nicht als staatsfreie Veranstaltung konzipiert. Vielmehr sollte der Staat die Rahmenbedingungen ihrer Entfaltung gewährleisten oder sie sogar erst schaffen. Die rechtlichen Grundlagen: die Vertragssicherheit, die Gerichte zur Durchsetzung von Verträgen, die Freizügigkeit der Arbeitskräfte und Kapitalströme, der Abbau von traditionellen Hindernissen, die Aufhebung von Monopolen, die Beseitigung hemmender Korporationen, der Ausbau einer zeitgemäßen Infrastruktur, insbesondere des Verkehrssystems, notfalls auch der politische Schutz gegen überlegene Konkurrenten, auf jeden Fall gegen militärische Gegner, ein adäquates Bildungssystem, um - in der Sprache der neoklassischen Theorie - „Humankapital“ heranzubilden und Innovationen zu gewährleisten - alle diese Aufgaben sollte der Staat lösen helfen. Adam Smith zum Beispiel hat aus diesen staatlichen Aufgaben, ganz im Gegensatz zu der ordnungspolitischen Dogmatisierung durch die gegenwärtigen Steinzeit-Liberalen, kein Hehl gemacht. In seinem berühmten Entwurf über die Ursachen des „Reichtums der Nationen“ wird der Staat als der große aktive Entwicklungshelfer zur Etablierung einer modernen Marktwirtschaft verstanden und gefordert. Die Mechanismen dieser Wirtschaft, die schließlich die Selbststeuerung — auch das ein durch und durch utopischer Entwurf - ganz übernehmen sollte, blieben ihm letztlich so dunkel, daß er von der „hidden hand“ der Marktgesetze - einer säkularisierten theologischen Vorstellung vom unsichtbaren Eingreifen Gottes - gesprochen hat.

Ohne staatliche Hilfe, Unterstützung, zumindest Duldung konnte vor allem der komplizierteste aller Märkte: der moderne Arbeitsmarkt, auf dem die Menschen ihre Leistungsqualifikationen zur Verwertung anbieten müssen, überhaupt nicht entstehen. Von der rein physischen Arbeitskraft über tausenderlei Fähigkeiten bis hin zu hochkomplizierten Qualifikationen als Chemiker oder Jurist muß auf dem Arbeitsmarkt der Marktwirtschaft und Marktgesellschaft jede Fertigkeit angeboten werden, damit sie zu einem marktkonformen Preis abgerufen werden kann. Erst mit der Berechenbarkeit des von diesen Arbeitsmärkten gesteuerten „Humankapitals“ wird die betriebliche Kostenberechnung komplett. Boden, Rohstoffe, Gebäude, Kapital konnte man längst in Geldwert fassen. Aber erst, wenn man menschlichen Qualifikationen in Marktpreisen ausdrücken kann, wird die Kalkulation vervollständigt.

Damit wurde die wahrhaft universalgeschichtliche Zäsur vollzogen und anerkannt, daß der Arbeits- und Besitzwert des Menschen seither auf dem Markt fixiert oder ausgehandelt wird. Dadurch wurde auch die Einbindung der Wirtschaft in das soziokulturelle System im Prinzip negiert, es wurde gesprengt. Der Markt wurde zur entscheidenden Institution erhoben, er wurde zur dominanten Verteilungsstelle für Lebenschancen überhaupt. Das war ein ungeheurer Bruch mit allen bisherigen kulturellen Traditionen. Der Weg dahin wurde von den Protagonisten der Marktwirtschaft als angeblich „natürliche“ Entwicklung hingestellt. Tatsächlich ist sie eine äußerst artifizielle Veranstaltung, und zugleich verkörpert sie einen tiefen, existentiellen Einschnitt. Die Märkte der Wirtschaft begannen die Gesellschaft zu durchdringen, schließlich zu dominieren, das ist ein rund zwei-, dreihundert jähriger Vorgang, und die Gesellschaft wurde um die zentrale Institution des Marktes herum zur Marktgesellschaft umgebaut. In ihr stiegen, wie Max Weber sagt, „marktbedingte Klassen“ als die neuen Sozialformationen auf, die der Markt wie ein Magnet aus den alten Sozialverbänden herauszog, so daß die Stände, die Clans, die Klientelgruppen verdrängt wurden.

Es ist an dieser Stelle müßig, genauer zu erörtern, ob es der sogenannten „Logik“ der kapitalistischen Entwicklung mit ihrem vielhundertjährigen Vorlauf entsprach, daß eine solche Marktwirtschaft und Marktgesellschaft entstand. Offensichtlich war diese Entwicklung an zahlreiche begünstigende Bedingungen gebunden, die es im Westen und nur im Okzident gab. Oder aber, das ist die andere Frage, waren es Vorausdenker wie Smith, deren Ideen die sozialökonomische Entwicklung in bestimmte Bahnen gelenkt haben. Der nachweisbare historische Einfluß ging in hohem Maße von der zunächst utopischen Theorie von Smith und seinen Adepten aus, und da er sehr realitätsnah dachte, ließ sich die Entwicklung durch massive Staatsintervention in die projektierte Richtung lenken.

Die freie, selbstgesteuerte Marktwirtschaft wurde daher das große Ideal der bürgerlichen Welt des 19. Jahrhunderts, obwohl jedermann die ständige Staatshilfe wahrnehmen konnte, wenn er es denn gewollt hätte. In der Hochzeit der freihändlerischen Marktwirtschaft in England etwa, als die in der

Wolle gefärbten Liberalen jede Staatsintervention rigoros ablehnten, hielten sie es für selbstverständlich, daß das riesige indische Eisenbahnsystem wegen der involvierten Investitionsrisiken nur und ausschließlich vom englischen Staat gebaut wurde.

Dieses Marktsystem existiert bis heute. Es ist eine merkwürdige Koexistenz von pragmatischem Handeln, Kostenexternalisierung — möglichst viel übernimmt der Staat - und gleichzeitig freihändlerischen Bekenntnissen. Die brillianteste Analyse dieses Vorgangs, wie sich der Arbeitsmarkt als historische Innovation, als zentrale Institution durchsetzte, stammt von Karl Polanyi in seinem Buch über die „Große Transformation“ (1944).

Aus der Verbindung der Industriellen Revolution mit dieser freien Verkehrs- und Konkurrenzwirtschaft ging das System des modernen Produktionskapitalismus hervor. Nach den älteren Spielarten des Handels-, Gewerbe- und Agrarkapitalismus ist es die letzte und leistungsfähigste Variante des Kapitalismus auch in Deutschland, das seine Industrielle Revolution von den 1840er Jahren bis in die frühen siebziger Jahre erlebte. Das ist die Durchbruchphase, in der das Industriesystem fest etabliert wurde, so daß es den folgenden Konjunkturschwankungen standhielt. Es überlebte alle heftigen Fluktuationen - und zwar nur und ausschließlich —, weil als Antwort auf die Krisen und Disparitäten des Wachstums, die zum Grundgesetz der modernen industriekapitalistischen Entwicklung gehören, die Gegensteuerung durch den modernen Interventions- und Sozialstaat erfolgte, der mit einem ganzen Bündel von schließlich hochverfeinerten antizyklischen, wachstumsfördernden und auch zunehmend die soziale Sicherheit gewährleistenden Maßnahmen das System überhaupt funktionstüchtig erhält.

Die Etappen seines Aufstiegs lassen sich seit der Außenhandelspolitik der 1870er Jahre, seit der Sozialpolitik der 1880er Jahre bis hin zu den Konjunktursteuergesetzen unserer unmittelbaren Gegenwart verfolgen, in welcher der Staat, um ein umstrittenes Wort aufzugreifen, von der Wirtschaft als „Reparaturladen“ ständig ganz selbstverständlich in Anspruch genommen wird — stets hinter der Dunstwolke einer Berufung auf die sogenannte freie Marktwirtschaft.

Jede realistische Kosten-Nutzen-Analyse zeigt die Kosten dieses Systems sehr deutlich. Der Staat leistet mit Hilfe der Steuern seiner Bürger riesige und ständig wachsende Transferleistungen sowohl an die Wirtschaft - die Konjunkturspritzen, die Subventionen, die Steuergeschenke, die billigen Anleihen, die Außenhandelsunterstützung usw. — als auch an die Sozialversicherungen, um ökonomische und soziale Schäden des Systems zu begrenzen. Von der Wirtschaft her gesehen ist das eine grandiose Externalisierung von Kosten, die auf den Staat abgewälzt werden. Ihr Motto bleibt „die Privatisierung der Gewinne und die Sozialisierung der Verluste.“

Da Konjunktur und massenwirksamer Wohlstand die Legitimationsbasis des modernen Staates befestigen, vermutlich auf die Dauer sogar unabding-

bar sind, muß der Staat, wenn er den Konsens der Bürger und die ominöse Massenloyalität erhalten will, diese Interventionspolitik betreiben. Er hat keinen großen Optionsspielraum; er ist auch wegen der Gefahr eines Legitimationsdefizits politisch erpreßbar oder, vorsichtiger gesagt, zu diesem Interventionshandeln gezwungen.

Die Umwelt, saubere Luft, sauberes Wasser, sauberer Boden — sie alle sind bis in die frühen 1970er Jahre hinein für kostenlose Produktionsfaktoren gehalten worden, die man beliebig in Anspruch nehmen konnte. Die moderne Wachstumsmaschine hat inzwischen schwere, zum Teil vielleicht schon irreparable Schäden erzeugt. Die sozialen Kosten liegen heute auf der Hand, und diese Art der Externalisierung von Kosten muß daher gezähmt werden. Das ist die Aufgabe des späten 20. und 21. Jahrhunderts. Meine Kritik läuft nicht auf eine billige Verteufelung oder Fundamentalkritik der kapitalistischen Marktwirtschaft hinaus. Im Gegenteil, ich möchte den Markt als eine bisher unersetzliche geniale soziale Erfindung dezidiert verteidigen. Bisher hat noch kein Mensch einen überlegenen Ersatz gefunden, trotz aller Anstrengung des Gedankens und der Wirtschaftspolitik, und am allerwenigsten sind es die Beamten von Planungsbehörden, die eine überlegene Alternative verkörpern könnten. Die Leistungsfähigkeit des Marktes, besser der vier klassischen Märkte, hat zu einer historisch beispielloser Wohlstandssteigerung geführt, auch zu einer vorher ungeahnten sozialen Sicherheit. Darauf beruht die Faszination der Marktwirtschaft, auch in der Gegenwart im Osten, wo jedoch die staatlich regulierte Marktwirtschaft des westeuropäischen Typus, nicht die sozialdarwinistische Nordamerikas, die eigentliche Attraktion ausübt.

Diese Marktwirtschaft und damit auch die von ihr herauf geführte Marktclassengesellschaft, sind — das muß man sich gelegentlich klarmachen — aus einem anfangs ganz und gar utopischen Entwurf hervorgegangen, der noch um 1800 überwiegend abgelehnt worden ist, da die Tradition von Jahrtausenden gegen ihn stand. Die Schwächen und Kosten des neuen Systems sind, wie das die Kritiker seit Marx unterschätzt haben, dank der gesellschaftlichen Lernfähigkeit, die auch in Gestalt des Interventions- und Sozialstaats zutage tritt, korrigiert und zum größten Teil aufgefangen worden. Dennoch lassen sich die sozialen, erst recht die individuellen Kosten schlechterdings nicht übersehen, die — das ist der Kern des Arguments — durch die erfolgreiche Realisierung dieser Utopie des 18. Jahrhunderts auch auf lange Sicht erzeugt worden sind.

#### Nationalismus und Nationalstaat

Das zweite Beispiel, an dem man denselben Vorgang zeigen kann, bieten Nationalismus und Nationalstaat. Beide sind, keineswegs „natürliche“ Ergebnisse der europäischen Geschichte, etwa seit der Karolingerzeit, sondern Innovationen der politischen Neuzeit. Sie sind das Resultat schwerer Modernisierungskrisen: zuerst in der Gestalt der Englischen, Amerikanischen, Französischen Revolution, aber auch der Umbruchphase im deutschsprachigen Mitteleuropa zwischen 1790 und 1820. In diesen Zeiten des Zerfalls der alten Gesell-

Schaftsordnung, der politischen Verfassung, aber auch der Weltdeutung, wie sie damals vor allem die Religion angeboten hat, kommt der Nationalismus auf und verspricht eine Lösung der anstehenden Probleme. Man kann das in der Denkfigur von „Challenge“ und „Response“ fassen - als Herausforderung durch tiefgreifende Probleme, die eine zeitgemäße Antwort verlangen. Was verspricht der Nationalismus? Er verheißt eine neuartige Integration zerbröselnder Gesellschaften durch die Integration der Nationsgenossen zur Nation. Er verheißt eine neue Identität der Nationsangehörigen. Er verheißt eine neue, ungeheuer folgenreiche Legitimationsbasis für das politische Regime: Das ist der Wille der Nation oder—wie man auch sagt — die Volkssouveränität. Natürlich ist das eine „Legitimitätsfiktion“ (Max Weber), aber der anderen Legitimitätsfiktion des Gottesgnadentums der Fürsten haushoch überlegen. Schließlich wird eine neue Sinngebungsinstanz für das menschliche Leben mit einem Deutungsmonopol versprochen. Das soll die Nation sein mit ihren diversen Interessen, für die es sich sogar zu sterben lohne.

Ursprünglich war das ein radikaler utopischer Entwurf, eine zunächst nur „gedachte Ordnung“. Deshalb hat die ältere Forschung bis hin zu den einflußreichen Arbeiten von Meinecke und seinen Schülern, die das komplizierte Problem der Nationsbüdung als allmähliches Hervorgehen aus keimhaft angelegten Voraussetzungen verstanden und in biologistischen Metaphern beschrieben haben, bis endlich das Telos der Geschichte im Nationalstaat, in Deutschland also 1871, erreicht war, diesen utopischen Entwurf und auch den Charakter seiner Modernität radikal mißverstanden. Erst von einem historisch klar fixierbaren Zeitpunkt ab wurden während dieser unterschiedlichen Modernisierungskrisen bereits vorhandene ältere Traditionen, die es überall in England, den Vereinigten Staaten, Frankreich, in Mitteleuropa schon gab, nationalisiert. Seither erst wird von Nationalsprache gesprochen, von Nationalkultur, von Nationalkrieg, von Nationalfeinden.

Die Nation konnte erstens aus dem alten Untertanenverband der bereits bestehenden Staaten geschaffen werden, z. B. in Frankreich und Spanien. Sie konnte zweitens aus einer Vielzahl von verwandten Völkern in verschiedenen Staaten, das ist der Fall in Italien und Deutschland, gegründet werden. Und sie konnte drittens aus noch staatslosen Nationalitäten - wie früher den Tschechen oder Finnen - erst gebildet werden. Überall bedurfte diese Nation, das ist die gemeinsame Überzeugung, einer selbständigen staatlichen Hülle: Das ist der souveräne Nationalstaat: Jeder Nationalismus, ob in Deutschland oder Amerika, in Ghana oder Indien, zielt auf den souveränen Nationalstaat hin.

Das alles sind zunächst durch und durch utopische Fernziele, die auf einen erbitterten Widerstand trafen. Aber sie wurden Schritt für Schritt verwirklicht: erst in England, dann in den englischen Kolonien Nordamerikas und danach, zwanzig Jahre später, in Frankreich, das dann für Kontinentaleuropa ungeheuer einflußreich wurde. Darauf folgte der Einigungsnationalismus in Italien und Deutschland, wiederum später der Sezessionsnationalismus in Ost- und Südosteuropa, der auf dem Zerfall der multinationalen Reiche Rußlands,

Österreich-Ungarns und der Türkei beruhte. Schließlich wurden Nation und Nationalstaat sogar Ordnungsmodelle auf dem gesamten Globus. Das war der immens erfolgreiche Export einer sozialen Erfindung, die sich als enorm verallgemeinerungsfähig erwiesen hat.

Für diese ursprünglich ganz und gar utopischen Ziele haben Millionen gekämpft, sie haben ihre Verwirklichung durch Revolution oder Krieg bejubelt, und Millionen haben ihr Leben dafür hingegeben, nicht weniger als für die totalitären Utopien des 20. Jahrhunderts. In Deutschland zum Beispiel wurde der Nationalismus, wie anderswo auch, die einflußreichste „politische Religion“ der letzten zweihundert Jahre. Diesen Superlativ kann man jetzt durch den Vergleich mit dem Kommunismus und Nationalsozialismus eindeutig rechtfertigen. Der Nationalismus wurde in den deutschen Ländern zunächst von einer geradezu winzigen Gemeinde seit den 1780er Jahren aufgegriffen. Er war zuerst ein intellektuellnationalismus von wenigen hundert Anhängern, die Herder und Schleiermacher, die die Humboldts und Schlegels, die Kleist, Arndt und Jahn vor allem im protestantischen Bildungsbürgertum, auch unter Studenten und Gymnasiasten, fanden. Es gab keine große Nationalbewegung um 1800, sondern nur eine kleine Nationalgemeinde, die seit den Karlsbader Beschlüssen (1819), als der konservative Gegenschlag kam, einer scharfen Verfolgung ausgesetzt war. Denn die Utopie eines deutschen Nationalstaats implizierte für die knapp vierzig Staaten des Deutschen Bundes eine radikale „Untergangsdrohung“ (Langewiesche) und zwar in einem doppelten Sinn. Eine Untergangsdrohung für die Staaten, da Preußen, Bayern, Sachsen, Hamburg in einen deutschen Nationalstaat eingeschmolzen werden sollten. Außerdem war es auch eine soziale Untergangsdrohung, weil das alte Privilegiensystem zugunsten des Adels durch die prinzipiell egalitäre Stoßrichtung in Frage gestellt wurde, die in der Idee der Nation gleichberechtigter Bürger steckt.

Trotzdem, trotz der Verfolgung der Metternichzeit wurde aus dieser kleinen Nationalbewegung bis 1848 schon ein Massenphänomen. Der erste Anlauf, einen liberalen deutschen Nationalstaat zu schaffen, scheiterte damals bekanntlich, und erst der eigentümlichen Kombination von preußischer Militärmacht, liberaler Nationalbewegung und Bismarcks Charisma - diese Konstellation gab es erst seit den sechziger Jahren und kein Jahrzehnt vorher - gelang es 1871 mit der Gründung des kleindeutschen Nationalstaates, das Ziel zu erreichen. Damit wurde nun aber die Nationsbildung auf deutschem Boden nicht etwa vollendet, das ist noch die Meineckesche Interpretation, sondern sie begann jetzt erst. Innerhalb der Zeitspanne von einer Generation mußte der neue Reichsnationalismus aus Ostpreußen, Sachsen, Bayern, Hanseaten und Hessen erst Reichsdeutsche machen. Die Primärloyalität gehörte zunächst durchaus den Heimatstaaten und Regionen, in denen man aufwuchs. In den Reichstagsdebatten der frühen 1870er Jahre riefen die Abgeordneten noch ganz emphatisch: „Waldeck, meine Nation“. Es dauert bis in die Mitte der 1890er Jahre, ehe der Nationsbegriff mit der Reichsnation besetzt war. Es

dauerte rund fünfundzwanzig Jahre, bis die Deutschen sich primär als Mitglieder der deutschen Nation, ihres Nationalstaates fühlten. Bis dahin, aber auch noch danach empfanden viele eine doppelte Loyalität zum Heimatstaat und zur Reichsnation.

Gleichzeitig reagierte der Nationalismus auf die schmerzhaften Probleme der anhaltenden reichsdeutschen Modernisierung: auf das ungeheure Industrialisierungstempo, auf die tiefe gesellschaftliche Umwälzung hin zur Klassengesellschaft, auf die Säkularisierung der „Weltbilder“, kurz: auf die Krisen der Modernität, mit einer zunehmenden Radikalisierung. Das scheint immer noch die beste Erklärung zu sein, warum dieser ehemals moderate, liberal getönte Nationalismus sich jetzt radikalisierte. Er war das Kompensationsangebot für individuelle und gesellschaftliche Belastungen. Nationale Erfolge, die Bekämpfung innerer, sprich: katholischer, sozialdemokratischer „Reichsfeinde“ und äußerer Feinde, sprich: der Franzosen, der Slawen, der Engländer sowie das große Ziel einer deutschen „Weltpolitik“, sie sollten das Selbstwertgefühl steigern und über die Belastungen, welche die Modernisierungskrisen schaffen, hinweghelfen. Vielleicht gibt es eine bessere Erklärung für diese Radikalisierung. Aber die Reaktion auf die forcierte Modernisierung scheint die generelle Verführbarkeit durch den Radikalnationalismus bisher noch am ehesten zu erklären. Ohne diesen extremen Nationalismus ist der Erste Weltkrieg ganz undenkbar, ohne den noch einmal gesteigerten Nationalismus der Nationalsozialisten der Zweite Weltkrieg erst recht nicht.

Die hohen sozialen Kosten eines verwirklichten Nationalismus im Nationalstaat sind von kritischen Köpfen früh gesehen worden, auch der Fremden- und Ausländerhaß, der von Anfang an damit einherging. Man braucht nur zu lesen, wie der Turnvater Jahn oder Ernst Moritz Arndt über die „Welschen“ schäumten. Am Anfang wurde die Feindschaft von anderen noch kosmopolitisch gebändigt, dazu war der deutsche Neuhumanismus noch stark genug. Wenn damals gesagt wurde, am deutschen Wesen solle die Welt genesen, war das noch kein politischer Imperialismus, sondern das Zutrauen, daß die deutsche neuhumanistische Kultur der Welt etwas zu bieten habe. Die nationalistische Feindkritik äußerte sich jedoch in der Ächtung der inneren und äußeren Feinde, in der Vergiftung der internationalen Beziehungen durch den Franzosenhaß, schließlich in der Steigerung des Krieges zum Nationalkrieg. Das Extrem des totalen Krieges, der zum erstenmal in der Schlußphase des amerikanischen Bürgerkrieges, vollends dann im Ersten Weltkrieg auftauchte, ist ohne diese Mutation zum Nationalkrieg nicht gut vorstellbar.

Die große Frage bleibt natürlich: Was macht eine solche realisierte Utopie trotz der mühelos erkennbaren Kosten und Belastungen weiterhin bis in unsere unmittelbare Gegenwart so attraktiv. Zum ersten sind Nationaüismus, Nation und Nationalstaat gemeineuropäische, gemeinwestliche, schließlich auch globale Erscheinungen. Die Geschichte scheint in ihnen, das war schon die Argumentation einer älteren Historikergeneration, eins ihrer Ziele zu erreichen. Nationalismus und Nation integrieren und legitimieren in der Tat,

das ist nicht zu bestreiten, sie stiften auch Sinn und Identität. Warum soll man, heißt es, denn anders als die anderen sein?

Zweitens, und das wird oft vergessen, wird im kollektiven Gedächtnis der Nationalstaat mit Erfolgen verbunden, die zwar nicht direkt kausal auf ihn zurückführbar sind, aber in seine Epoche hineinfließen und ihm gewissermaßen gutgeschrieben werden. Da sind die Industrialisierungserfolge und die Wohlstandssteigerungen, die auch in Deutschland in die Epoche des Nationalstaates hineinfließen. Sie gelten als eine Errungenschaft dieses Staates. Weiterhin bringt das Kaiserreich die Verwirklichung des Verfassungs- und Rechtsstaates mit einem vorher unbekanntem Maß an Rechtssicherheit für seine Bürger. Auch das gilt als Errungenschaft des Nationalstaates. Der Sozial- und Interventionsstaat taucht seit den späten 1870er Jahren auf, spannt sein erstes, noch dünnes Sicherheitsnetz aus. Seine Belastbarkeit steigt fortlaufend und gilt als Errungenschaft des Nationalstaates. Auch die Zähmung schwerer Konflikte, etwa der tendenziellen Bürgerkriegssituation im Konflikt zwischen „Kapital und Arbeit“ durch die Institutionalisierung des Klassenkampfes, z. B. durch die Tarifpolitik, gilt als Errungenschaft des Nationalstaates.

Alle diese Erfolge sind tatsächlich keineswegs an die Existenz des Nationalstaates gebunden. Wachstum hat bereits das autoritäre Kaiserreich Japan in einem bewunderungswürdigen Maße stimuliert, ohne daß man es einen Nationalstaat nennen könnte. Die Amerikaner haben bis heute keinen Sozialstaat, sie liegen diesbezüglich im Vergleich mit Westeuropa noch immer ungefähr fünfzig, sechzig Jahre zurück. Italien hat südlich von Rom keinen Rechtsstaat. Und die alte Bundesrepublik war ein klassischer Verfassungs- und Sozialstaat, ohne je Nationalstaat gewesen zu sein. Im öffentlichen Gedächtnis sind das trotzdem alles Leistungen, die als Beweis der Modernität des Nationalstaates gelten und als solche aufbewahrt werden.

Heute sind die Kosten der Realisierung jener Utopie, die Nation und Nationalstaat ursprünglich einmal gewesen sind, unübersehbar: in Deutschland seit zwei Weltkriegen ohnehin, zur Zeit schon wieder. Das trifft auch auf die Staaten der ehemaligen Sowjetunion zu, des ehemaligen Jugoslawien, aber auch auf die angeblich so stabilen, gewachsenen Nationalstaaten. Man denke nur an Frankreichs Probleme auf Korsika oder an die schottischen, irischen, walisischen Probleme in Großbritannien, an die der Basken und Katalanen in Spanien. Die westeuropäischen Nationalstaaten haben auch ihre Bruchlinien, erst recht gilt das außerhalb Europas.

Trotzdem gibt es heute bei uns eine intensive Debatte, ob Deutschland wieder Nationalstaat werden müsse, ob wir uns wieder als Nation verstehen sollten; wir brauchen wie der eine oder andere sagt, einen „normalen“ Nationalismus als Integrationsmittel und Solidaritätsgrundlage. Man kann alle diese drei Fragen mit dem Argument bejahen, daß damit die Rückkehr zu einer Art gemeineuropäischer Normalität vollzogen werde. Man kann aber auch alle drei Fragen verneinen. Das macht die Diskussion lohnend. Deutsch-

land hat die bittersten Erfahrungen mit dem wahrhaft souveränen Nationalstaat gemacht. Wir sind vierzig Jahre lang in Westdeutschland ohne ihn ganz vorzüglich ausgekommen. Kann die politische Einheit Europas trotz der Rückkehr zu einem „normalen“ deutschen Nationalstaat gelingen? Das ist eine der großen Fragen für die Zukunft. Anstatt als Nation könnten wir uns ja weiterhin als Staatsbürgergesellschaft verstehen, die auf die Grundlagen des Verfassungs-, des Rechts- und Sozialstaates baut, aber nicht auf eine archaische Volksnation oder auf die nebulöse Kulturnation - beide sind verfassungspolitisch auf eine fatale Weise völlig indifferent. Anstatt auf den Nationalismus zu setzen, könnte man sich auf das Zugehörigkeits- und Loyalitätsgefühl, den Leistungsstolz und auf den Verfassungspatriotismus verlassen. Was soll schon an einem so durch und durch historischen Phänomen wie Nationalismus und Nationalstaat „normal“ sein?

Kurzum, wir haben es auch in diesem Falle erneut mit den Folgen einer sehr erfolgreich realisierten Utopie zu tun, und erneut ist die entscheidende und durchaus offene Frage diejenige nach einer überlegenen Alternative. Was ist die bessere Gegenutopie, da der Pragmatismus der Status-quo-Verteidigung nicht ausreichen wird? Ich glaube, daß man die Ideale einer modernen Bürgergesellschaft oder - wenn das semantisch besser klingt - einer Staatsbürgernation im funktionstüchtigen Verfassungs-, Rechts- und Sozialstaat als ein solches Gegenmodell, das auf universalistischen, nicht auf parochialen Prinzipien beruht, formulieren kann. Zugleich fungieren diese normativen Zielvorstellungen als Maßstab, der die Defizite der Bundesrepublik aufzeigt, denn an ihnen gemessen haben wir weder die vollendete Bürgergesellschaft noch den vollendeten Rechtsstaat und Sozialstaat, auf die wir uns überhaupt nur annäherungsweise weiter hinbewegen können. Ein solcher Maßstab schützt mithin vor eitler Selbstzufriedenheit und spornt dazu an, die normativen Ziele ernstzunehmen.

### Sozialstaat

Noch knapp, weil darüber eine solche Debatte gewöhnlich nicht geführt wird, einige Worte zum dritten Beispiel, dem Sozialstaat. Als Antwort auf die Krisenanfälligkeit des hochentwickelten Industriekapitalismus und die Disparitäten der Marktgesellschaft, entsteht allmählich ein System von ökonomischen Interventionen und sozialen Eingriffen, das wir Wohlfahrtsstaat, Interventionsstaat, Sozialstaat nennen. Er ist zunächst ein Ergebnis pragmatischer Krisenbekämpfung, aber auch ein Ergebnis linker und konservativer Kapitalismuskritik. Ohne den politischen Druck der Sozialdemokraten und ohne konservative Kritiker, wie sie etwa in jenem Mitarbeiterstab saßen, der für Bismarck die sozialpolitischen Gesetzgebungswerke geschrieben hat, ist dieser Staatstyp schlechthin nicht vorstellbar.

Ursprünglich ist auch das Projekt des Interventions- und Sozialstaates eine durch und durch kühne Utopie. Denn er will gleichmäßiges Wachstum anstelle hektischer Konjunkturzyklen, die fast alle Welt im ausgehenden 19.

Jahrhundert für unvermeidbar hielt. Er will die Vollbeschäftigung anstelle temporärer oder langer Arbeitslosigkeit, die zwar politisch gefährlich wurde, aber doch eigentlich als gottgegeben hingenommen wurde. Der Sozialstaat will soziale Sicherheit für alle anstatt nur für die Privilegierten. Er will anstelle ungleich verteilter Lebenschancen ein höheres Maß an gleichen Lebenschancen; das galt zunächst als abnorm und wider die Natur aller bekannten Gesellschaften. Er will auch politische Loyalität anstelle prinzipieller Systemkritik. Das ist die politische Intention, denn er will letztlich die politische Stabilität gewährleisten.

Schritt für Schritt ist, entgegen den düsteren Prophezeihungen der orthodoxen Marxisten und Liberalen, diese Utopie realisiert worden. Das ist ein großes Thema: der Ausbau des handlungsfähigen Interventionsstaates und des funktionsfähigen Sozialstaates, z. B. durch den Ausbau der staatlichen, nicht der privaten und betrieblichen Sozialpolitik, wobei ganz unleugbar die Bismarcksche Versicherungspolitik eine Vorreiterrolle gespielt hat, dann auch durch den Ausbau des Arbeitsschutzes im Sinne der Humanisierung der Arbeitswelt, durch Tarifpolitik und Arbeitsrecht und schließlich durch ein immer dichter gewebtes Netz der sozialen Sicherheit zur Abschirmung gegen alle nur denkbaren Lebensrisiken.

Die alte Bundesrepublik war auf dem Wege zum Sozialstaat sehr weit gekommen. Millionen lebten von staatlichen Transferzahlungen, etwa fünfundzwanzig Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik. Sie bildeten „Versorgungsklassen“ (Lepsius), die der Arbeitsmarkt wegen des Alters, wegen der Dequalifikation oder auch wegen des Versagens der Unternehmenspolitik gewissermaßen ausgespien hat, und die nun vom Staat auf einem erträglichen, oft aber auch nur minimalen Lebensstandard gehalten werden.

Auch hier stehen unleugbaren Leistungen, die vor der Realisierung der Sozialstaatsutopie kaum einer für möglich gehalten hätte, wachsende Kosten gegenüber. Der Sozialstaat verschlingt schlechterdings ungeheure Summen; man denke nur an die Kosten des Öffentlichen Gesundheitswesens, die offenbar nur bei relativ beständiger Hochkonjunktur erwirtschaftet werden können. Es gibt die Gefahr des Mißbrauchs, sie wird oft dramatisiert, besteht aber trotzdem. Das Problem der Medikalisierung: der Expansion des Marktes für ärztliche Dienstleistungen durch möglichst regelmäßigen Kontakt möglichst der gesamten Bevölkerung mit approbierten Medizinern, führt zur individuellen Abhängigkeit, zum Verlust eigener Kompetenz, zu horrenden Kosten, auch zu horrenden Gewinnen für einen Interessenten, die Pharmaindustrie. Überhaupt tendiert der Sozialstaat unleugbar zu einem Autonomieverlust, wie ihn sich der klassische Liberalismus nur in seinen bösen Ahnungen hat vorstellen können, im Grenzfall zur Entmündigung des Bürgers. Trotzdem gibt es in den modernen westlichen Industriegesellschaften hinter den Sozialstaat keinen politischen Weg zurück. Wie kann man aber die Kosten, die negativen Folgen einer schönen Utopie, verringern, ohne die positiven Ergebnisse zu gefährden?

Diese drei Beispiele sollen dem Argument dienen, daß die generelle Abwertung oder gar Verdammung des utopischen Denkens außerordentlich kurzatmig ist bei der Bewertung von Entwicklungen, die Millionen von Menschen in ganz unterschiedlichen Ländern über Jahrhunderte hinweg als positiv empfunden haben. Die modische Utopiekritik kann im Hinblick darauf radikal in die Irre führen. Denn diese Pauschalkritik verkennt den allgemeinen Befund, daß zahlreiche Errungenschaften der Moderne, wie ambivalent sie sich schließlich auch immer erweisen mögen, ohne einen utopischen Entwurf zu Beginn gar nicht errungen worden wären. Gerade von den wortreichen Kritikern des utopischen Denkens hat man bisher keine überzeugenden Einwände gehört, die sich gegen die schweren Folgekosten der kapitalistischen Marktwirtschaft, gegen die Entartungen des Nationalismus und Nationalstaates, gegen die staatliche Zählung der Marktwirtschaft in der Gestalt des Sozialstaates richten.

Utopische Entwürfe sind offenbar eine anthropologische Konstante. Mit ihnen reagieren Menschen auf die Herausforderungen einer Konstellation, in die sie sich versetzt finden. Sie stellen ihnen das Bild einer besseren Zukunft entgegen und versuchen, es Schritt für Schritt und entgegen aller Skepsis zu erreichen. Die Aufgabe einer kritischen Öffentlichkeit auch der Humanwissenschaften, ist es nicht, jede Utopie als tendenziell totalitär zu verdächtigen, sondern auf dreierlei zu achten: Erstens geht es stets um eine humane Zweck- und Mittelrelation, auf der sie unerbittlich insistieren müssen; zweitens müssen sie zu einer realistischen und möglichst skeptischen Überprüfung sowohl eines jeden gesetzten Zwecks als auch aller anvisierten Mittel anhalten und die Debatte darüber nicht absterben lassen; drittens sind - das ist eine alte Domäne der Kultur-, der Sozial-, der Humanwissenschaften - die Folgen im Sinne einer Kosten-Nutzen-Abschätzung möglichst genau zur Debatte zu stellen, damit die politische Wahl zwischen verschiedenen Entscheidungsoptionen nach einem möglichst rationalen Kalkül getroffen werden kann, das im menschenmöglichen Maße die unterschiedlichen Folgewirkungen gegeneinander abzuwägen versteht.

Wachsamkeit, Skepsis und Folgenabschätzung - das sind die wahren Aufgaben einer kritischen Öffentlichkeit und Wissenschaft, nicht aber die pauschale Diskreditierung utopischen Denkens, geschweige denn die Denunzierung innovativer Entwürfe als totalitarismusverdächtig.